



Wismar Pellets GmbH · Am Torney 2a · 23970 Wismar/ Germany

European Commission  
Directorate-General for Competition  
State Aid Registry  
1049 Bruxelles/Brussel  
Belgique/België

**Wismar Pellets GmbH**

Am Torney 2a  
23970 Wismar  
Deutschland

Telefon: +49 3841 30306 100  
Mail: [info@wismar-pellets.de](mailto:info@wismar-pellets.de)

[www.wismar-pellets.de](http://www.wismar-pellets.de)

Ref.: HT.5371

Wismar 27 July 2021

**CONFIDENTIAL**  
**COMP-CEEAG-CONSULTATION@ec.europa.eu**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlichten Entwurf der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (KUEBLL), räumen Sie den Unternehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme ein.

Als stromkostenintensives Unternehmen der Holzindustrie, die auf Grundlage der Besonderen Ausgleichsregelungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3138) geändert worden ist, von den erheblichen Kosten zur Förderung der erneuerbaren Energien teilweise befreit sind, nimmt die

#### **Wismar-Pellets GmbH**

die bestehende Gelegenheit zur Stellungnahme wahr.

Wir wehren uns vehement gegen die Herausnahme des NACE Code 16.29 aus der Liste der anspruchsberechtigten Unternehmen für Beihilfen über eine Verringerung der Stromkosten für energieintensive Unternehmen. Unter den derzeit gültigen Leitlinien von 2014 ist dieser Code im Anhang 5 aufgelistet und damit sind Unternehmen wie die Wismar GmbH beihilfeberechtigt. Wie wir begründen werden, führt dieser Wegfall der Beihilfeberechtigung zur unmittelbaren Gefährdung der Existenz unseres Unternehmens. Im Folgenden werden wir Ihnen zunächst unser Unternehmen vorstellen (dazu unter A.). In einem zweiten Schritt folgt die Stellungnahme zu dem neuen Entwurf der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 abgegeben (dazu unter B.).

#### **A. Vorstellung des Unternehmens**

Nach der Gründung der Wismar Pellets GmbH im Mai 2016 haben wir von der insolventen German Pellets GmbH den Produktionsstandort in Wismar erworben sowie 100% der Anteile an der German Pellets Denmark Aps, die den Vertrieb in Dänemark koordiniert.

**Der Produktionsstandort in Wismar**

Das Werk in Wismar wurde 2005 in direkter Nachbarschaft mehrerer holzverarbeitender Betriebe und mit direktem Zugang zum Seehafen der Hansestadt errichtet. Derzeit hat unser Werk eine Kapazität von ca. 256.000 Tonnen Pellets pro Jahr. Die Wismar Pellets GmbH beschäftigte im Jahr 2020 durchschnittlich 74 Mitarbeiter. Sie hat im Jahr 2020 einen Jahresumsatz von 37,5 Mio. EUR erzielt.

**Die Produktion**

Unsere Geschäftsaktivitäten konzentrieren sich auf die Produktion und den Handel von Holzpellets. Für die Produktion setzen wir Hackschnitzel, Rundholz, Sägespäne und Hobelspäne ein.

Holzpellets sind kleine zylindrische Presslinge aus getrockneten Holzspänen. Sie zeichnen sich durch ihre hohe Energiedichte sowie ihre gute Transport- und Lagerfähigkeit aus. Im Rahmen des Produktionsprozesses werden die Rohstoffe entrindet, gehackt, nasszermahlen, getrocknet, weiter fein vermahlen und abschließend ohne chemische Zusätze gepresst. Unter hohem Druck werden die Späne durch eine Matrize in die typische Zylinderform gebracht. Holzeigene Lignine und Harze werden durch die dabei entstehende Wärme und restliche Holzfeuchte zum Naturkleber, der unter Zugabe von max. zwei Prozent pflanzlicher Stärke die Holzfasern zusammenhält.

Die von uns im Jahr 2020 produzierten 215.106 Tonnen Pellets reduzieren die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zur Nutzung fossiler Energieträger um ca. 300.000 Tonnen.

Die Produktion der Wismar Pellets GmbH ist der Ziffer 16.29 in Abschnitt C der WZ 2008 „Verarbeitendes Gewerbe“ zugeordnet. Abteilung 16 der WZ 2008 umfasst die Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel). Die Tätigkeitsbeschreibung lässt sich auch dem Handelsregister entnehmen und deckt sich mit den monatlichen Meldungen an das statistische Landesamt. Im Rahmen der NACE Rev. 1.1. Klassifikationen fallen die hergestellten Produkte in die Klasse „16.29 Verarbeitendes Gewerbe“.

**Energieintensität**

Die Herstellung der Produkte ist äußerst energieintensiv. Bei der Wismar Pellets GmbH machten die gesamten Stromkosten i.H.v. 2,1 Mio. EUR im Jahr 2020 ca. 15% der Kosten (ohne Rohstoff) aus. Aufgrund der stark erhöhten Strompreise ist damit zu rechnen, dass dieser Anteil deutlich ansteigen wird.

Jenseits der Rohstoffkosten, die den größten Anteil an den Gesamtkosten der Produktion einnehmen, bilden die Stromkosten einen der wichtigsten Kostentreiber. Der hohe Energiebedarf und die hohen Energiekosten bei der Herstellung der Holzpellets resultiert v.a. aus der Vermahlung und Verpressung der Sägespäne.

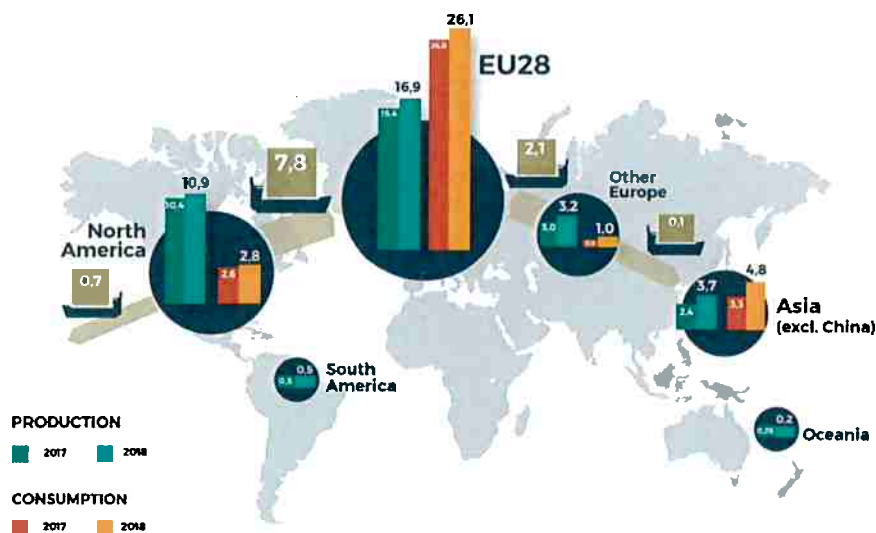
- Im Jahr 2020 wurden bei der Wismar Pellets GmbH rund 36.000.000 kWh Strom verbraucht. Der Stromkostenanteil der Bruttowertschöpfung lag dabei im Jahr 2020 bei 64,6 % mit Inanspruchnahme der sog. Besonderen Ausgleichsregelung. Ohne die Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung wäre der Anteil deutlich höher und läge bei über 140%. Die maßgeblichen Stromkosten lägen ohne Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung bei 4,8 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 2,7 Mio. EUR.
- Bei der Herstellung der Pellets liegt der Gesamtherstellungspreis durchschnittlich bei ca. 130 EUR/Tonne. Der Stromkostenanteil des Herstellungspreises trägt dabei bei einer Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung 10 EUR/Tonne; ohne

Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung würde dieser bei 21,4 EUR/Tonne liegen.

### Zur Wettbewerbssituation

In der EU wurden im Jahr 2018 ca. 26 Mio. Tonnen Pellets verbraucht mit weiter steigender Tendenz. Da die Produktionskapazitäten im EU-Binnenmarkt die Nachfrage nicht decken kann, importierten die Mitgliedstaaten ca. 10,3 Mio. Tonnen Pellets. Die wichtigsten Einfuhrländer waren die USA (6,1 Mio. Tonnen), Kanada (1,8 Mio. Tonnen) und Russland (1,4 Mio. Tonnen). Dagegen wird nur eine vernachlässigbare Menge von ca. 0,15 Mio. Tonnen in Staaten außerhalb des Binnenmarktes exportiert, im Wesentlichen in die Schweiz (82 Tausend Tonnen) und nach Norwegen (42 Tausend Tonnen).

Die Handelsintensität liegt demnach bei ca. 40% und steigt nach Angaben der Fachverbände weiter an.



**Abb. 1: Weltweiter Pelletaußenhandel, Quelle: Argus Media Group**

Import in die EU (2018):	Menge	in %	Export aus der EU (2018):	Menge	in %
USA	6.138.500	59,5%	Switzerland	82.459	54,3%
Canada	1.762.256	17,1%	Norway	41.693	27,4%
Russia	1.362.816	13,2%	Japan	7.028	4,6%
Ukraine	380.416	3,7%	Serbia	5.261	3,5%
Belarus	262.497	2,5%	USA	3.960	2,6%
Brazil	176.863	1,7%	Israel	1.834	1,2%
Bosnia and Herzegovina	77.927	0,8%	Russia	1.768	1,2%
Norway	39.832	0,4%	Taiwan	1.346	0,9%
Serbia	36.356	0,4%	Andorra	1.121	0,7%
Egypt	28.634	0,3%	Thailand	709	0,5%
Sonstige	47.857	0,5%	Sonstige	4.771	3,1%
	10.313.954			151.950	
Quelle: Argus Media Group					

**Abb. 2: Pelletaußenhandel, Quelle: Argus Media Group**

Auch die Wismar Pellets GmbH ist mit ihren Erzeugnissen international tätig und muss gegenüber Wettbewerbern innerhalb des Binnenmarktes sowie insbesondere gegenüber

nordamerikanischen Anbietern wettbewerbsfähig sein. Wir haben im Jahr 2020 ca. 164.000 Tonnen exportiert, das entspricht einer Exportquote von ca. 70%.

Zwar haben die deutschen Pellethersteller unter heutigen Gegebenheiten noch eine starke Position auf dem Weltmarkt, allerdings müssen sich die Unternehmen gegen eine in den vergangenen Jahren zunehmend intensivere internationale Konkurrenz behaupten.

### **Bedeutung der Besonderen Ausgleichsregelung**

Aufgrund des hohen Anteils der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung ist die Wismar Pellets GmbH berechtigt, einen Nachteilsausgleich nach der Besonderen Ausgleichsregelung des §§ 63 ff. EEG geltend zu machen. Diese Regelung zielt darauf ab, den Beitrag, den besonders energieintensive Unternehmen zu den Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland zu leisten haben, in angemessenem Rahmen zu halten, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren und die Emissionsverlagerung der Unternehmen ins Ausland zu verhindern (sog. Carbon Leakage).

Die derzeitige Besondere Ausgleichsregelung im EEG erlaubt es der Wismar Pellets GmbH somit, als stromintensives Unternehmen durch Teilentlastungen von den hohen deutschen Förderkosten für erneuerbare Energien auf dem Binnenmarkt und den außereuropäischen Märkten zu bestehen.

Ohne die Besondere Ausgleichsregelung wäre die Produktion in Deutschland nicht mehr ökonomisch tragbar. Ohne die entsprechende Entlastung hätte die Wismar Pellets GmbH zusätzliche Kosten von rund 2,7 Mio. EUR. Die Pelletunternehmen mit Produktionsstandorten in Deutschland wären nicht mehr konkurrenzfähig, eine teilweise Verlagerung der Produktion an Standorte mit niedrigen Energiekosten unvermeidbar.

## **B. Stellungnahme**

### **I. Einleitung**

Aus Sicht unseres Unternehmens bedarf der derzeitige Entwurf der KUEBLL aus mehreren Gründen einer grundlegenden Überarbeitung, insbesondere was den Anhang I (ANNEX I, List of eligible sectors under Section 4.11) betrifft:

- Die Kommission hat im Einklang mit ihrer eigenen Verwaltungspraxis und in gefestigter Rechtsprechung zu prüfen und zu bewerten, dass Beihilfen einen wichtigen Beihilfegrund haben (Rationale for Aid), dass negative Auswirkungen auf Wettbewerb im Binnenmarkt und im Handel so gering wie möglich gehalten werden und dass die Beihilfe-Maßnahme verhältnismäßig ist. Der derzeitige Entwurf der KUEBLL konterkariert diese Kriterien und führt selbst zu einer **Diskriminierung im Binnenmarkt** und einer negativen Handelsbeeinträchtigung.
- Der Wirtschaftszweig 16.29 ist wieder als anspruchsberechtigte Gruppe von Unternehmen aufzunehmen, durch entsprechende Korrektur des Anhangs I. Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs - wie die Wismar Pellets GmbH - sind stromintensiv und gehören einer äußerst handelsintensiven Branche an. Aufgrund der deutlich höheren Stromkosten besteht ohne entsprechende Entlastungsmöglichkeiten eine akute **Abwanderungsgefahr** solcher Unternehmen.

- Durch die Streichung kommt es zu einer **Schwächung der erneuerbaren Energien** sowie der Kreislaufwirtschaft. Hiermit werden ebenfalls CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale verspielt.
- Durch die in Anhang I des Entwurfs der KUEBLL getroffene Auswahl kommt es zu einer **Wettbewerbsverzerrung** unter Pelletherstellern innerhalb des Binnenmarkts, speziell gegenüber Unternehmen, die dem Wirtschaftszweig 16.10 angehören. Damit verfehlt die Europäische Kommission mit ihrem Vorschlag das Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt herzustellen.
- Die **Kriterien** und die **Methodik zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit** sind intransparent und lassen einen **völlig verfehlten Ansatz** vermuten. Den Mitgliedstaaten muss bei den Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen ein Handlungsspielraum verbleiben, um gezielt auf erhebliche Wettbewerbsnachteile und ein individuelles Abwanderungsrisiko bestimmter Unternehmen reagieren zu können.
- Durch die vorgesehenen Anpassungen im Entwurf der KUEBLL, wie etwa der Anstieg der Eigenbeteiligung sowie der Vorgaben zu den Energieaudits, **fehlen** den Industrieunternehmen die **finanziellen Mittel**, um durch eine zunehmende Elektrifizierung der Produktionsprozesse **CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale zu erreichen**. Damit werden die Ziele aus dem Grünen Deal konterkariert.

## **II. Verfehlung der Unterstützung des Treibhausgasminderungszieles durch die Streichung des NACE Code 16.29**

Mit dem Grünen Deal soll sich die Europäische Union, im Einklang mit Art. 3 Abs. 3 EUV, zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft verändern. Dazu gehört, dass bis zum Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Dieses Ziel unterstützen wir. Uns ist bewusst, dass insbesondere der Dekarbonisierung energieintensiver Wirtschaftszweige und der damit einhergehenden Elektrifizierung von Produktionsprozessen eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Ziele des Grünen Deals setzen erhebliche Investitionen auch seitens der energieintensiven Wirtschaftszweige voraus.

Die neuen Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen (KUEBLL) sollten diesen Prozess unterstützen. Sie sollen die Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2050 ermöglichen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erleichtern und gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt gewährleisten (vgl. Kommission, Mitteilung über den Grünen Deal, S. 21). Richtig und notwendig ist es daher, dass die Kommission es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, Entlastungen bei den Strombezugskosten nicht lediglich zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige, sondern auch für eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wirtschaft, also insbesondere für die weitergehende Elektrifizierung von Produktionsprozessen, zu gewähren. Der hierfür im Entwurf der KUEBLL gesetzte Rahmen (vgl. Abschnitt 4.11) ist unzureichend und kontraproduktiv. Die bislang vorgesehenen Vorgaben schaffen nicht die notwendigen Spielräume, um den Auftrag des Grünen Deals in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil: Die im Vergleich zur bisherigen Fassung vorgesehenen Möglichkeiten für die Gewährung von Entlastungen bei den Strombezugskosten deutlich verschärften Anforderungen wirken kontraproduktiv. Sie verbessern die Voraussetzungen nicht bzw. nicht zureichend. Um der

energieintensiven Industrie hinreichende, wirksame und tragfähige Hilfestellungen für die dringend erforderlichen Elektrifizierungsprozesse an die Hand zu geben, bedarf es einer grundlegenden Überarbeitung des Abschnitts 4.11.

### **III. Einzelbegründung der Verzerrung durch die neuen KUEBLL**

#### **1. Keine zielführende Betrachtung des Wettbewerbsnachteils und des Risikos einer Standortverlagerung**

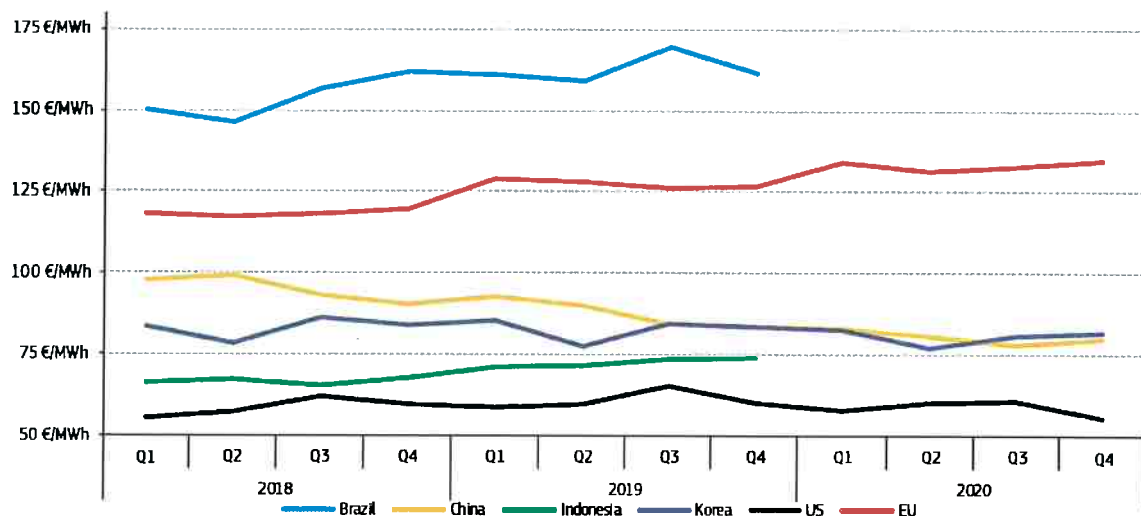
Die Vorgehensweise in den KUEBLL zur Ermittlung eines Wettbewerbsnachteils und des erheblichen Risikos für eine Standortverlagerung in Länder außerhalb der Union ist aus unserer Sicht verfehlt. Missraten ist die im Anhang I zum Entwurf der KUEBLL getroffene Auswahl vor allem, weil der Wirtschaftszweig 16.29, dem unsere Tätigkeit zuzuordnen ist, nicht mehr aufgeführt wird. An diesem Punkt bedarf der Entwurf der KUEBLL zwingend einer Ergänzung und Überarbeitung.

Denn erstens ist für uns nicht einmal im Ansatz nachvollziehbar, aus welchen Gründen unsere Branche nicht mehr gelistet ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wettbewerbssituation haben sich in den letzten Jahren nicht maßgeblich verändert oder gar verbessert. Im Gegenteil: Die Konkurrenz zu Unternehmen insbesondere außerhalb der Union ist, nicht zuletzt aufgrund der weiterhin überdurchschnittlich hohen Strombezugskosten, stärker geworden. Zweitens liegt die Handelsintensität unserer Branche mit 40 Prozent deutlich oberhalb des von der Kommission hierfür vorgesehenen Schwellenwertes. Drittens beträgt der Anteil unserer Stromkosten von der Bruttowertschöpfung ohne Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung mit über 140 % deutlich mehr als die von der Kommission hierfür vorgesehenen 10 Prozent. Wir erfüllen damit die von der Kommission gewählten Voraussetzungen an die Handelsintensität und Stromintensität.

Ein Vergleich mit den weltweiten durchschnittlichen Strompreisen für Industriekunden zeigt, dass die europäische Industrie gegenüber Herstellern in Drittländern stark benachteiligt ist. So liegt der durchschnittliche Strompreis für die Industrie in der EU deutlich über dem Preis in Drittstaaten, die auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit europäischen Unternehmen wie der Wismar Pellets GmbH stehen. Hier wären insbesondere die Vereinigten Staaten und China zu nennen.

Verglichen mit dem Strompreisniveau stromintensiver Unternehmen in anderen Industrienationen außerhalb der EU, die auf den globalen Wettbewerbsmärkten für Holzpellets in Konkurrenz zur Union stehen, haben europäische Industrieunternehmen mit die höchsten Stromkosten zu tragen. Außerhalb der EU zahlen Unternehmen nur einen Bruchteil der europäischen Energiekosten und haben gerade deswegen erhebliche Wettbewerbsvorteile, wie die nachstehende Abbildung verdeutlicht. Jede weitere Belastung gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriestandorts. Gerade bei den allgemeinen Strompreisen ist Deutschland nach wie vor Spitzenreiter in der EU. Deutschland führt im EU-Vergleich (Studie des Statistikamtes Eurostat). Nach dessen Zahlen kostete die Kilowattstunde im zweiten Halbjahr 2020 in Deutschland bei einem Jahresverbrauch zwischen 2500 und 5000 Kilowattstunden 30,06 Cent.

**Figure 63 – Retail electricity prices paid by industrial customers in the EU and its main trading partners**



Source: Eurostat, IEA, CEIC, DG ENER computations. The latest data for Brazil and Indonesia are not available.

**Abb. 2: Strompreise für die Industrie in der EU und ihren Haupthandelspartnern, Quelle: DG Energy, Quarterly Report on European Electricity Market, Volume 13, 2020 S. 45.**

Nach dem derzeitigen Entwurf der KUEBLL wären wir dennoch nicht beihilfefähig. Im Ergebnis würde unser Unternehmen - obwohl nach den Kriterien der Kommission ein Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union besteht - mit vollen Stromkosten belastet. Das kann nicht richtig sein.

Für unser Unternehmen mit unserem sehr hohen Strombedarf wäre die aus der Streichung des NACE Code 16.29 resultierende zusätzliche Kostenlast untragbar. Die Belastung mit den vollen Strombezugskosten wäre - insbesondere bei fortschreitender Elektrifizierung der Produktionsprozesse - so massiv, dass die wirtschaftliche Existenzgrundlage für eine Aufrechterhaltung der Produktion in Deutschland und im Rest der Union entzogen bzw. maßgeblich gefährdet wäre. Wir müssten unter diesen Voraussetzungen zwingend erwägen, ob unsere Produktionskapazitäten ins außereuropäische Ausland verlagert werden müssten. Zur Ermittlung des Abwanderungsrisikos muss ein differenzierter Ansatz herangezogen werden. Im Ausgangspunkt kann zwar zunächst die Handelsintensität und Stromintensität des jeweiligen Wirtschaftszweiges herangezogen werden. Allerdings greift dieser Ansatz zu kurz. Denn die Frage der Standortverlagerung ist stets eine unternehmerische Entscheidung im Einzelfall, die eine sorgfältige Abwägung aller Umstände anhand der konkreten Gegebenheiten vor Ort erforderlich macht. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, den Mitgliedstaaten bei den Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen Handlungsspielräume zu belassen, um gezielt auf erhebliche Wettbewerbsnachteile und ein individuelles Abwanderungsrisiko bestimmter Unternehmen reagieren zu können. Die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat ein Unternehmen oder eine Branche unter bestimmten Voraussetzungen in seiner nationalen Regelung berücksichtigen kann, auch wenn das Unternehmen bzw. die Branche nicht im Anhang I zum Entwurf der KUEBLL aufgezählt worden ist, sollte vor diesem Hintergrund beibehalten werden.

## **2. Wettbewerbsverzerrung gegenüber der nach wie vor verbliebenen Beihilfefähigkeit integrierter Sägewerke**

Die in Anhang I getroffene Auswahl führt zu einer Verzerrung des Wettbewerbs unter Pelletherstellern innerhalb des Binnenmarkts.

In ein Sägewerk integrierte Pellethersteller mit dem NACE Code 16.10 (Saw milling and planing of wood) werden weiterhin in Anhang 1 aufgeführt. Sie bleiben damit beihilfefähig und sind gegenüber Pellethersteller, die nicht integrierter Teil eines Sägewerks sind, immens privilegiert. Unternehmen wie die Wismar Pellets GmbH müssen sich um das Akquirieren nachhaltiger Holzbiomasse für ihre Pelletproduktion auf dem Markt bemühen und werden damit folgeschwer benachteiligt. Nach den Berechnungen des Deutschen Energieholz- und Pelletverbands kommt diese Ungleichbehandlung in den Produktionskosten deutlich zum Ausdruck: während die nicht beihilfefähigen Pellethersteller künftig mit Kosten für Energieumlagen i.H.v. 12,87 EUR/t rechnen müssen, belaufen sich die Kosten für Energieumlagen bei den weiterhin beihilfefähigen integrierten Pellethersteller auf lediglich 1,69 EUR/t. Die Marktbedingungen für nicht-integrierte Sägewerke verschlechtern sich damit dramatisch.

Durch diese Diskriminierung nicht-integrierter Pellethersteller gegenüber Pelletherstellern, die integrierter Teil eines Sägewerks sind, kommt es zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Branche der Pellethersteller, sodass die Europäische Kommission im Bereich der Pelletproduktion das Ziel verfehlt, innerhalb des Binnenmarkts gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

## **3. Intransparente Kriterien zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit**

Wir erkennen an, dass die zu gewährenden Beihilfen zum Schutz des innereuropäischen Wettbewerbs auf Unternehmen begrenzt werden müssen, in denen durch die Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko der Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstehen können. Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Rechts- und Investitionssicherheit klare Maßstäbe bestehen sollen, die ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Union sicherstellen. Dem tragen die im Entwurf zugrunde gelegten Kriterien nicht hinreichend Rechnung.

Das Risiko von Abwanderungen der energieintensiven Industrie in andere Weltregionen hängt, das ist richtig, u.a. von der Stromintensität des betroffenen Wirtschaftszweigs und dessen Handelsintensität ab (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 357). Allerdings bleibt offen, anhand welcher Untersuchungsergebnisse die jetzt maßgeblichen Schwellenwerte ermittelt worden sind. Die Kommission verweist auf eine Ermittlung „anhand geeigneter Maßnahmen“, ohne allerdings auch nur im Ansatz zu erläutern, welche „Maßnahmen“ konkret betrachtet worden sind, worauf sie bezogen waren, weshalb sie „geeignet“ gewesen sein sollen usw. Auf dieser Grundlage kann also weder durch die Mitgliedstaaten noch durch das energieintensive Unternehmen nachvollzogen werden, auf welcher Grundlage die Anforderungen an die Zulässigkeit von Beihilfen für die energieintensiven Branchen entwickelt worden sind.

Entsprechend unklar sind die Ausführungen, wonach die betreffenden Wirtschaftszweige „besonders stark dem internationalen Handel ausgesetzt“ sein müssen (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 351) bzw. ab wann eine „besonders starke Verzerrung von Wettbewerb und Handel“ vorliegen soll. Auch wenn aus den Formulierungen deutlich werden soll, dass hierfür



- richtigerweise - keine starren Maßstäbe angelegt werden können und sollen, bleibt doch für uns als energieintensives Unternehmen weitgehend im Dunklen, wann diese Vorgaben erfüllt sein sollen bzw. wann nicht.

Hinzu kommt, dass die gewählten Parameter zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit – die Stromintensität und Handelsintensität – an keiner Stelle des Entwurfs der KUEBLL definiert oder jedenfalls näher erläutert werden.

#### **4. Die „Explanatory Note on Sector eligibility“ der Kommission verschärft die Diskriminierung**

Zwar sind neuerdings kurze Ausführungen der Kommission zu den Begriffen „Stromintensität“ und „Handelsintensität“ sowie zu der angewandten Methodik zur Ermittlung der beihilfefähigen Wirtschaftszweige auf der Internetseite des öffentlichen Konsultationsverfahrens zu finden („explanatory note on sector eligibility under section 4.11 of the draft CEEAG“). Diese Ausführungen lassen weiterhin einen undifferenzierten und damit verfehlten Ansatz vermuten, der weder den individuellen Beitrag unseres Unternehmens zum Umweltschutz noch ein unternehmensspezifisches Abwanderungsrisiko berücksichtigt. Das äußert sich v.a. darin, dass die Beihilfefähigkeit anhand der durchschnittlichen Strompreise zwischen 2013-2015 innerhalb der EU beurteilt worden ist und damit die aktuelle Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten nicht ausreichend berücksichtigt. Veraltete und damit überholte Zahlen können nicht die Grundlage bilden. Zudem muss eine Erläuterung der Förderkriterien aus Gründen der Rechts- und Investitionssicherheit zwingend in den Leitlinien selbst aufgenommen werden. Diese Sicherheiten benötigen wir jedoch, wenn wir in den Umbau der Energieversorgung investieren wollen. Wir brauchen transparente und verlässliche Rahmenbedingungen, um Entscheidungen darüber treffen zu können, ob entsprechende Investitionen in unsere Produktionsstätten innerhalb der Union tragfähig sind oder ob finanzielle Mittel in andere Maßnahmen bzw. in Produktionsstätten an anderen Standorten fließen sollen.

Die in diesem Zusammenhang geltenden Schwellen zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit sind gegenüber den aktuellen UEBLL deutlich angehoben worden. Der Entwurf lässt jegliche Begründung dafür vermissen, weshalb nunmehr nur oberhalb der genannten Schwellenwerte eine Beihilfefähigkeit gem. 4.11.3. zu bejahen, unterhalb dieser Schwellenwerte allerdings ausgeschlossen bleiben soll. Es ist auch nicht nachzuvollziehen, weshalb die Schwellenwerte überhaupt so deutlich angehoben worden sind. Die Notwendigkeit dazu lässt sich aus dem Entwurf der KUEBLL nicht ableiten. Sie ist auch nicht zu erkennen.

Darüber hinaus ist nicht nachzuvollziehen, dass bzw. weshalb die von der Kommission gewählten Anforderungen einer Handelsintensität von mindestens 20% bzw. 80% und einer Stromintensität von mindestens 10% bzw. 7% sicherstellen sollen, dass erhebliche Wettbewerbsnachteile sowie ein Abwanderungsrisiko ausgeschlossen sind.

In gleicher Weise können wir nicht nachvollziehen, wie die Auswahl der in Anhang I zum Entwurf der KUEBLL als grundsätzlich beihilfefähig anerkannten Wirtschaftszweige durch die Kommission erfolgt ist. Es heißt dazu lediglich, dass die Beihilfen auf Wirtschaftszweige begrenzt werden sollten, in denen durch die beihilfefähigen Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstünden. Das Risiko von Standortverlagerungen hänge von der Stromintensität des betroffenen Wirtschaftszweiges und der Intensität des internationalen

Handels in diesem Bereich ab. Die Wirtschaftszweige, die diese Förderkriterien erfüllen, würden in Anhang I aufgeführt (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 357). Wie die Kommission auf dieser Grundlage zu der Auswahl der in Anhang I aufgezählten, deutlich verringerten Zahl von Wirtschaftszweigen gekommen ist, sollte schon aus Transparenzgründen offengelegt werden. Die bisherigen Ausführungen sind aus unserer Sicht in weitem Maße intransparent und damit nicht nachvollziehbar.

## **5. Unangemessener Anstieg der Eigenbeteiligung**

Im Entwurf der KUEBLL beabsichtigt die Kommission nunmehr einen Selbstbehalt von mindestens 25 Prozent (anstatt der bisherigen 15 Prozent) sowie eine Deckelung („Super-Cap“) der Kosten von nur noch 1,5 Prozent der Bruttowertschöpfung (anstatt der bisherigen 0,5 Prozent). Nur unter Beachtung dieser Vorgaben sollen zukünftig Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen als angemessen eingeordnet werden können (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 359 und 360). Auch dies geht fehl.

Denn die Fördersysteme für erneuerbare Energien in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterscheiden sich erheblich. Entsprechend sind auch die Kosten für die Förderung in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und folgerichtig auch die Belastungen für die Finanzierung dieser Kosten. Eine pauschale und nicht differenzierende Festlegung eines Selbstbehalts ebenso wie eine starre Deckelung („Super-Cap“) wird den unterschiedlichen Ausgestaltungen in den Mitgliedstaaten nicht gerecht. Ein pauschaler Prozentsatz, der für alle Mitgliedstaaten ungeachtet der tatsächlichen Mehrkosten gilt, ermöglicht es nicht, zielgenau die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen zu schützen.

Offen bleibt auch, aus welchen Gründen genau eine Erhöhung der Eigenbeteiligung veranlasst ist. Hierzu enthält der Entwurf der KUEBLL keine näheren Ausführungen. Ebenso offen ist, ob die Kommission berücksichtigt hat, dass die Erhöhung für diejenigen Unternehmen, die noch im Anhang I zum Entwurf der KUEBLL gelistet sind, so erheblich sein kann, dass angesichts der drohenden Kostenlast die Produktion innerhalb der Union nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Die vorgeschlagene Eigenbeteiligung erscheint uns insgesamt als unangemessen; sie dürfte zudem ineffizient sein, da sie nicht dafür sorgt, dass eine Verlagerung an andere Standorte unterbleiben kann. In der Folge werden innerhalb der Union tätige stromintensive Unternehmen zunehmend ihre Durchsetzungskraft auf dem Weltmarkt einbüßen. Sie verlieren wichtige finanzielle Ressourcen für den Umbau der Energieversorgung. Dies konterkariert letztlich die mit dem Entwurf der KUEBLL zu Recht verfolgten Ziele des Green Deals. Wenn wir die Produktionsstätten auf eine klimaneutrale Basis stellen sollen - was wir ausdrücklich auch wollen - bedürfen wir hierfür hinreichender finanzieller Mittel. Werden uns diese genommen, indem unsere Kostenlast beim Strombezug steigt, erweist sich die Kürzung der Entlastung kontraproduktiv. Fehlsteuerungen und Fehlanreize sollten jedoch gerade mit Blick auf das kurze Zeitfenster für den Transformationsprozess vermieden werden. Wir bitten daher die Kommission, auch diesen Punkt sehr sorgfältig auf seine voraussichtlich nachteiligen Folgen für die Energiewende zu bedenken.

## **6. Widerspruch zu Zielen des Grünen Deals**

Mit der intendierten, deutlichen Reduzierung der beihilfeberechtigten Wirtschaftszweige, die überhaupt in den Genuss ermäßigter Abgaben auf Strom kommen können, sowie der Anpassung des Eigenbeteiligungsanteils löst die Kommission das eigens erklärte Ziel aus dem

europäischen Grünen Deal nicht ein, mit den überarbeiteten KUEBLL die Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2050 zu unterstützen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu erleichtern und gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt zu gewährleisten (vgl. Kommission, Mitteilung über den Grünen Deal, S. 21).

Die in diesem Zusammenhang erforderliche Elektrifizierung von Produktionsprozessen wird dazu führen, dass die Stromintensität zahlreicher Wirtschaftszweige erheblich steigen wird. Die „statische“ Aufzählung bestimmter Wirtschaftszweige in Anhang I zum Entwurf der KUEBLL ist vor diesem Hintergrund gerade nicht der richtige Weg, flexibel auf Entwicklungen reagieren zu können. In der derzeit vorliegenden Form hindert der Entwurf der KUEBLL das zentrale Ziel des Grünen Deals einer weitgehenden Elektrifizierung der treibhausgasemittierenden Produktionsprozesse, anstatt diesen notwendigen Transformationsprozess zu unterstützen. Vor dem Hintergrund halten wir es für keinen zielführenden Ansatz, an diejenigen Wirtschaftszweigen, die die erforderliche Stromintensität - Stand heute - erfüllen, statisch festzuhalten und damit für Unternehmen, die derzeit nicht zu den in Anhang I des Entwurfs der KUEBLL genannten Wirtschaftszweigen zählen, falsche Anreize zu setzen. Gerade mit Blick auf voraussichtlich steigende Stromintensität sollte eine flexible und kurzfristig umsetzbare Vorgehensweise gewählt werden. Eine regelmäßige Aktualisierung der in Anhang I zum Entwurf der KUEBLL-Entwurf benannten Wirtschaftszweige dürfte zwar möglich, aber mit erheblichem Aufwand verbunden sein. Daher sollte es den Mitgliedstaaten von Anfang an ermöglicht werden, die Beihilfefähigkeit auf Grundlage der von der Kommission vorgegebenen Parameter selbst zu bestimmen.

Andernfalls ergibt sich für uns wie für viele Unternehmen auch ein kaum zu bewerkstellender Spagat: Aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung sind ohnehin höhere Stromkosten zu erwarten. Fallen gleichzeitig die Entlastungsmöglichkeiten weg oder werden diese stark gekürzt, werden wir bzw. viele Unternehmen auf die Elektrifizierung ihrer Produktionsprozesse verzichten müssen. Damit entstünde ein (Fehl-)Anreiz, stattdessen die Kosten für direkte Emissionen in Kauf zu nehmen. Richtigerweise sollte jedoch der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen innerhalb der Union zur Erreichung der ambitionierten Ziele des Grünen Deals höchste Priorität haben. Denn Standortschließungen und Verlagerungen von Tätigkeiten an Standorte außerhalb der Union mit geringeren Umweltstandards und Stromkosten führen lediglich zur Verlagerung (carbon leakage), nicht aber zur Verminderung von Treibhausgasemissionen.

## **7. Verstoß gegen die Ziele der „Circular Economy“ der Europäischen Union**

Darüber hinaus widerspricht es den Zielen des Grünen Deals, solche energieintensiven Unternehmen von Entlastungsmöglichkeiten auf Stromabgaben, wie z.B. die EEG-Umlage, auszunehmen, deren Produkte einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen leisten. Neben der Handels- und Stromkostenintensität eines Wirtschaftszweigs müssen auch die spezifischen Potentiale eines Wirtschaftszweigs zur Erreichung der Ziele des Grünen Deals bei der Beurteilung der Beihilfefähigkeit eines Wirtschaftszweiges Berücksichtigung finden. Es wäre widersprüchlich, einerseits die begrüßenswerten Förderungen für Anlagen für Circular Economy und Recycling zu ermöglichen, andererseits aber energieintensiven Industrieunternehmen, die das Ziel der Kreislaufwirtschaft bereits verwirklichen, aus der Anlage I zum Entwurf der KUEBLL herauszunehmen und damit den betroffenen Unternehmen die Abgaben auf Strom in voller

Höhe aufzuerlegen. Der Aspekt der Circular Economy und des Recyclings muss daher auch in den Vorgaben unter 4.11. des KUEBLL-Entwurfs berücksichtigt werden. Gleiches gilt mit Blick auf Wirtschaftszweige, die eine Substituierung treibhausgasintensiver, fossiler Brennstoffe ermöglichen. Auch Unternehmen dieser energieintensiven Wirtschaftszweige, wie beispielsweise die Hersteller von Holzbrennstoffen wie Pellets, müssen aufgrund ihres wertvollen Beitrags zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen als beihilfefähig eingestuft bleiben. Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung verfolgen das Ziel struktureller CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Gebäudesektor, die u.a. durch die Nutzung erneuerbarer Wärmequellen erzielt werden soll. Dazu leisten Pelletheizungen einen substantiellen Beitrag und können im Zuge des Austauschs bestehender Ölheizungen großes Potential bei der Einsparung von CO<sub>2</sub> entfalten

### **8. Verschärfung der Anforderung an Energieaudits**

Mit den Vorgaben an Energieaudits (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 365) plant die Kommission eine erhebliche Verschärfung der Anforderungen an Energieaudits. Danach sollen Beihilfen für energieintensive Unternehmen nur noch gewährt werden dürfen, wenn diese entweder die Empfehlungen im Audit-Bericht umsetzen, soweit die Amortisationszeit für die einschlägigen Investitionen 3 Jahre nicht übersteigt und die Kosten für ihre Investitionen angemessen sind, oder den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs verringern, sodass sie mindestens 30 Prozent ihres Strombedarfs aus CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen decken oder einen erheblichen Anteil von mindestens 50 Prozent des Beihilfebetrags in Vorhaben investieren, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen (ggf. deutlich unter den entsprechenden Richtwert, der für die kostenlose Zuteilung im Emissionshandelssystem der Union verwendet wird) führen.

Dieses „Gegenleistungssystem“ widerspricht unseres Erachtens dem Schutzzweck einer Beihilfe nach Art. 107 Abs. 3 lit c) AEUV und wird von uns daher abgelehnt. Es ist mit dem Ziel der Gewährung einer Beihilfe für energieintensive Unternehmen, dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und einer Verlagerung der Tätigkeit an Standorte außerhalb der Europäischen Union vorzubeugen, nicht in Einklang zu bringen, wenn die durch eine Ermäßigung von Abgaben auf Strom ersparten Aufwendungen zwingend in konkrete Investitionen überführt werden müssen. Auch ist diese Vorgabe zur Erreichung der ambitionierten Ziele des Grünen Deals nicht förderlich. Denn anstatt den energieintensiven Unternehmen diejenigen finanziellen Handlungsräume zu belassen, die die erforderlichen Investitionen durch die Unternehmen erst ermöglichen, werden die Entlastungseffekte hierdurch noch weiter geschmälert.

### **9. Mindestbeitrag kein taugliches Mittel**

Die Kommission beabsichtigt zudem, Beihilfen in Form von Ermäßigungen auf Abgaben auf Strom nur noch dann zu genehmigen, wenn die Gesamthöhe der Abgaben (vor Abzug etwaiger Ermäßigungen) einen bislang nicht näher bezifferten Mindestbetrag in EUR pro MWh nicht unterschreitet (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 365). Vor allem mit Blick auf die Heterogenität der verschiedenen Fördersysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten erscheint ein solcher Mindestbetrag wenig zielführend. Zudem ist nicht erkennbar, weshalb ein solcher Mindestbetrag mit Blick auf die beihilferechtlichen Vorgaben des Art. 107 AEUV erforderlich sein sollte. Wir schlagen daher vor, die Vorgabe unter Rn. 356 ersatzlos zu streichen.

Jedenfalls sollte der Betrag nicht über der Belastung liegen, wie sie die Energiesteuerrichtlinie 2003/96/EG derzeit bestimmt (0,5 EUR pro MWh).

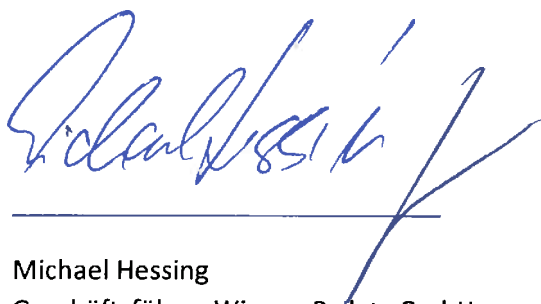
### C. Fazit

Aus Sicht der Wismar Pellets GmbH bedarf es einer grundlegenden Überarbeitung des Abschnitts 4.11. und des Anhang I der KUEBLL, um der energieintensiven Industrie hinreichende, wirksame und tragfähige Hilfestellungen für die dringend erforderlichen Elektrifizierungsprozesse gerade auch für unseren Wirtschaftszweig unter dem NACE Code 16.29 an die Hand zu geben. Der aus einer Umsetzung der Vorgaben der Beihilfeleitlinien drohende enorme Anstieg der Stromkosten führt dazu, dass unsere Unternehmen zu stark mit Strombezugskosten belastet bleiben und somit ein erhebliches Risiko für die Abwanderung in andere Weltregionen besteht.

### Disclaimer

Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme **vertrauliche, unternehmensbezogene Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** beinhaltet. Deshalb bitten wir, von einer Weitergabe oder Veröffentlichung der Stellungnahme oder von Teilen derselben ohne vorherige Zustimmung abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Hessing  
Geschäftsführer Wismar Pellets GmbH

Wismar, 27. Juli 2021